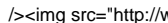




DIW Berlin spricht sich für Ergänzung der Kriminalstatistik in Deutschland aus

DIW Berlin spricht sich für Ergänzung der Kriminalstatistik in Deutschland aus
Neue Ansätze zur Messung der Kriminalitätsbedrohung liefern ein aussagekräftigeres Bild
Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) spricht sich für eine Ergänzung der Kriminalstatistik in Deutschland aus. Bislang ist die Kriminalstatistik eine bloße Auflistung polizeilich bekannter Delikte und erlaubt - da sie weder das Dunkelfeld erfasst noch eine Gewichtung der Deliktarten vornimmt - kein aussagekräftiges Bild der tatsächlichen Belastung der Bevölkerung durch alltägliche Kriminalität wie Einbruch, Diebstahl, Körperverletzung oder Tötungsdelikte. Die DIW-Ökonomen Mathias Bug und Kristina Meier haben für ein Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung neue Ansätze entwickelt, die ein differenziertes Bild der Verteilung und Entwicklung von Kriminalität auf regionaler Ebene liefern. So zeigen erste Ergebnisse, dass die Kriminalitätsbelastung in einigen Landkreisen in Brandenburg, Sachsen, Thüringen, in der Region Ober-/Mittelfranken/Oberbayern und in Teilen Baden-Württembergs in den letzten vier Jahren etwas zugenommen hat. Diese Entwicklung ist jedoch in einem Kontext mehr oder weniger stagnierender Zahlen in der polizeilichen Kriminalstatistik zu sehen.
Die DIW-Experten Bug und Meier schlagen vor, die amtlichen Daten erstens um eine Dunkelfeldbetrachtung zu ergänzen: "Eine Dunkelfeldbetrachtung, die parallel zur Kriminalstatistik läuft und alle zwei Jahre durchgeführt wird, wäre wichtig", sagt Bug. "Das ist zwar eine sehr teure Angelegenheit, würde aber das Bild der Bedrohung, die in Deutschland durch Kriminalität entsteht, deutlich klarer machen." Denn aus den Befragungen von Opfern ergeben sich zumindest Schätzwerte, die die Ungenauigkeit der polizeilichen Kriminalstatistik etwas ausbalancieren. In die DIW-Analyse gehen Dunkelfeldschätzungen aus einer eigens durchgeführten repräsentativen Befragung von gut 12.000 Personen ein. Es ergeben sich teilweise erhebliche Unterschiede zwischen der Anzahl der angezeigten Delikte und der Anzahl der in der Befragung genannten Delikte. Zum Zweiten schlagen die DIW-Forscher vor, die Deliktarten nach ihrer Schwere unterschiedlich zu gewichten und auf dieser Basis Aussagen über die regionale Belastung durch Kriminalität zu treffen. Dabei stehen drei unterschiedliche Wege im Fokus: eine Schätzung der durchschnittlichen Folgekosten einzelner Deliktarten, eine meinungsbasierte Gewichtung auf Basis einer Internet-Umfrage (2500 Befragte aus einer offline repräsentativ gezogenen Grundgesamtheit, darunter 517 Befragte, die das Internet nicht nutzen; diese Personen wurden über ihren TV-Bildschirm befragt) sowie eine datenbasierte ökonomische Gewichtung. Wie erwartet, kommen alle Gewichtungsmethoden zur gleichen Rangfolge der Delikte, wobei Mord und Totschlag am schwersten gewichtet werden.
Die unterschiedlich hohen Belastungswerte durch Kriminalität werden auf Landkreisebene präsentiert. Dadurch verdeutlichen sich die Unterschiede zwischen Stadt und Land, aber auch zwischen ländlichen Regionen untereinander. Alle Gewichtungsvarianten bestätigen zwar das grobe Bild, wie es auch die unbearbeiteten Deliktzahlen der polizeilichen Kriminalstatistik zeigen: Bei der Bedrohung durch Kriminalität existiert in Deutschland ein Nord-Süd-Gefälle, die nördlichen Regionen weisen ein deutlich höheres Bedrohungsrisiko auf. Zum anderen gibt es ein Stadt-Land-Gefälle, da die städtische Bevölkerung deutlich stärker von alltäglicher Kriminalität betroffen ist. Werden jedoch beispielsweise die entstandenen Schäden durch Kriminalität berücksichtigt, verliert sich die Klarheit dieses Nord-Süd-Gefälles. So fallen in Teilen Brandenburgs, Sachsens und Westfalens die gesamten Schadenshöhen geringer aus, als nur auf Basis der polizeilichen Kriminalstatistik zu erwarten wäre. Für den März werden weitere Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt erwartet. Dann findet vor allem auch die Kriminalitätsfurcht Eingang in die Berechnungen.
Links
DIW-Wochenbericht 3/2015 | PDF, 2.41 MB
Interview mit Mathias Bug | MP3, 3.28 MB
Weitere Pressemitteilungen
Pressestelle
Renate Bogdanovic
Sabine Fiedler
Sebastian Kollmann
Telefon +49-30-897 89-249, -252 oder -250
Mobil +49-174-319-3131
Mobil +49-174-183-5713
presse@diw.de
Pressereferentin Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)
Monika Wimmer
Telefon +49-30-89789-251
Mail: mwimmer@diw.de


Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

mwimmer@diw.de

Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

mwimmer@diw.de

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.